



BürgerInnenbrief

25. Oktober 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Haushalt +++ Superreiche +++ Metrobusse +++ Wohnen +++ Arbeitsmarkt +++ Bahnhofskonzept +++ Kulturtyp

Der Hamburger Haushalt holpert

von Joachim Bischoff



Finanzsenator Tschentscher in der Bürgerschaft

Im November 2010 hatte der schwarz-grüne Senat – später als in normalen Haushaltsaufstellungsverfahren üblich – der Bürgerschaft den Entwurf eines Doppelhaushalts für die Jahre 2011 und 2012 zugeleitet. Die parlamentarischen Beratungen konnten im Jahr 2010 nicht abgeschlossen werden, so dass die Bürgerschaft den Senat zur vorläufigen Haushaltsführung ermächtigte. Auf Grund des vorzeitigen Endes der 19. Legislaturperiode – die schwarz-grüne Koalition platzte – wurde der vorliegende Haushaltsplan-Entwurf nicht mehr verabschiedet. Nach der Neuwahl musste daher ein neuer Etat eingebracht werden. Bis zum November 2011 regiert die SPD auf der Grundlage einer vorläufigen Haushaltsführung, der Doppelhaushalt 2011/2012 wird im November verabschiedet. Zur Schlussabstimmung wird auch die Linksfraktion entsprechende Anträge vorlegen.

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wurden zum beschlossenen Entwurf mittlerweile mehrere Ergän-

zungen vorgelegt. Diese betreffen auf der Einnahmeseite vor allem die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung des Jahres 2011. Außerdem werden sowohl der nachträglich beratene Haushalt 2011/12 als auch die folgenden Haushalte strikt an der Schuldenbremse ausgerichtet.¹ Der SPD-Senat steht zu dem in Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes formulierten grundsätzlichen Verbot weiterer Nettokreditaufnahme – der

¹ Die Bürgerschaft hat im Jahr 2007 beschlossen, § 18 der Landeshaushaltsordnung, der einen Rahmen für die Kreditaufnahme setzt, mit Wirkung vom 1. Januar 2013 neu und enger zu fassen. Diese Neufassung unterstellte, dass der hamburgische Haushalt bereits ab 2013 strukturell ausgeglichen werden kann, so dass eine Nettokreditaufnahme in konjunkturellen Normalsituationen verzichtbar ist. Tatsächlich ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt bis 2013 nicht erreichbar, und selbst bei günstiger konjunktureller Entwicklung wird eine Nettokreditaufnahme voraussichtlich nicht zu vermeiden sein. Die SPD-Mehrheit wird also die Landeshaushaltsordnung erneut ändern und den § 18 streichen. Zugleich ist daran gedacht, eine Regelung wie im Grundgesetz in die Hamburger Verfassung zu übernehmen.

»Schuldenbremse« – und wird diese Vorgaben für Hamburg umsetzen. Dies gilt auch für die Vorgabe des Grundgesetzes, die Haushalte bereits ab 2011 so aufzustellen, dass die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 möglich wird.

Bei der Sanierung des Haushalts orientiert sich der SPD-Senat nicht an konjunkturbedingt schwankenden Steuereinnahmen. Maßstab für die Planung von Ausgaben ist der geschätzte langfristige Trend der Einnahmentwicklung. Da der Haushalt in der Ausgangssituation 2010 ein strukturelles Defizit aufwies, muss die durchschnittliche Rate des Ausgabenzuwachses deutlich unter der mittleren Rate des Einnahmewachstums liegen, um den strukturellen Haushaltsausgleich bis 2020 zu erreichen. Die Ausgabenzuwächse der kommenden Jahre sollen also – ausgehend vom fortgeschriebenen Haushaltsplan 2010 – auf einen Wert von jährlich durchschnittlich unter einem Prozent begrenzt werden.

Die Steuerschätzung von Mai 2011 hat für Hamburg Mehreinnahmen für die nächsten Jahre ergeben (siehe Tabelle). Wegen der höheren Steuereinnahmen – der Grund war ein massiver Rückgang infolge der Krise 2009, der anschließend im Rahmen der konjunkturellen Erholung aufgeholt wurde – kann es bis 2015 einen beschleunigten Defizitabbau geben. Das Finanzierungsdefizit soll von 1,4 Mrd. Euro im Jahr 2011 auf nur mehr 170 Mio. Euro im Jahr 2015 sinken. Hamburg rechnet für dieses Jahr mit 670 Mio. Euro höheren Steuereinnahmen und wird deshalb mit einer geringeren Neuverschuldung auskommen. Ab 2013 soll der Betriebshaushalt schwarze Zahlen ausweisen. CDU und GAL fordern einen vorgezogenen Termin für einen ausgeglichenen Gesamthaushalt. Sie lehnen neue Schulden bis 2015 und eine Abschaffung der Hamburger Schuldenbremse ab.

Nach der vorgelegten Mittelfristplanung sinkt das Finanzierungsdefizit des Haushalts von 1.042 Mio. Euro (2012) über 714 Mio. Euro (2013) und 459 Mio. Euro (2014) auf 170 Mio. Euro im Jahr 2015. Dieser zügige Abbau des Defizits hängt zu einem erheblichen Teil mit den positiven, aber mit Risiken behafteten Erwartungen an die Steuereinnahmen zusammen. Die schnell fallende Linie der Defizite bildet also nicht das Tempo der strukturellen Gesundung des Haushalts ab. Es ist deshalb eher davon auszugehen, dass das harte Konsolidierungsregime unter dem Diktat der Schuldenbremse bis 2020 bestimmend bleibt.

Die günstige Entwicklung der Haushaltsslage basiert vor allem auf der Annahme, dass die Entwicklung der Steuereinnahmen so verläuft, wie in der Steuerschätzung vom Mai prognostiziert. Diese Annahme ist allerdings vor dem Hintergrund der Schuldenkrise und der sich abzeichnenden konjunkturellen Eintrübung neu einzuschätzen. Dies weiß auch der Senat: »Der Senat ist sich der Tatsache bewusst, dass diese Einnahmeproggnose schon für den Zeitraum bis 2015 mit Risiken behaftet ist«, und kündigt für den Fall eines konjunkturellen Abschwungs schon vorsorglich »deutlich höhere Volumina an Nettokreditaufnahme« als geplant an.

Immerhin: In der anstehenden Steuerschätzung vom November 2011 können Bund und Länder mit noch höheren Steuereinnahmen rechnen (insgesamt ca. 14 Mrd. Euro). Al-

Mai-Steuerschätzung 2011 (in Mio. Euro)

	2011	2012	2013	2014
Haushaltsplan-Entwurf 11/12	7.664	8.086	8.427	8.718
Mehreinnahmen gegenüber der Finanzplanung	673	689	746	772

lerdings wird die Konjunktur in den nächsten Monaten massiv zurückgehen und dies schlägt sich dann im Ergebnis für 2012ff. nieder. Bleibt es bei einem Zuwachs von ca. 0,8%-1% beim Wirtschaftsprodukt, werden die Steuereinnahmen in Hamburg auf dem erreichten Niveau von Jahresende 2011 bleiben und nicht wiederum in den Keller sinken.

Was tun mit der Verbesserung der Einnahmen? Die SPD hat mit ihrer absoluten Mehrheit beschlossen, die 700 Mio. Euro des Jahres 2011 komplett zur Konsolidierung einzusetzen. Dies ist vor allem deshalb kritikwürdig, weil zugleich die Gehälter im öffentlichen Dienst (Sonderzahlungen) und beginnend mit dem Jahr 2011 250 Stellen pro Jahr gekürzt werden. Darüber hinaus weist der Senat selbst darauf hin, dass »in Hamburg ein ausgeprägter Sanierungsstau bei Schul- und Hochschulgebäuden, Straßen, Brücken und sonstigen Teilen der öffentlichen Infrastruktur besteht, dem dringend begegnet werden muss«. Eine Konzeption, wie diese Unterfinanzierung in vielen Bereichen in den nächsten Jahren zumindest abgemildert werden soll, ist in der Haushaltspolitik des Senats nicht erkennbar. Dies zeigt auch die Planung der Investitionen.

Das für 2012 geplante Niveau der Investitionsausgaben wird in den Jahren 2013 bis 2015 in etwa gehalten. Gegenüber der letzten Mittelfristplanung der 19. Wahlperiode, nach der die Investitionen auf 803 Mio. Euro im Jahr 2013 und auf 795 Mio. Euro im Jahr 2014 sinken sollten, werden die Planzahlen um 8% bzw. 9% angehoben, wobei verbal insbesondere Investitionen zu Sanierung der städtischen Infrastruktur eine stärkere Berücksichtigung finden sollen. Faktisch wird sich an der gegenwärtigen Unterfinanzierung und damit dem Substanzverlust des städtischen Vermögens wenig ändern.

Investitionen im Bereich des Schul- und Hochschulbaus sind im angegebenen Investitionsvolumen nicht in nennenswertem Umfang enthalten, da für die Schulen mit dem Sondervermögen »Schule – Bau und Betrieb« bereits ein Mieter-Vermieter-Modell existiert und für die Hochschulen ebenfalls ein Modell der Finanzierung angestrebt wird, das den Haushalt primär mit Mieten und nicht mit Investitionsausgaben belastet. Der Anstieg der Mietausgaben – faktisch handelt es sich um verdeckte Investitionen – ist nicht nur von der Finanzierung her hoch problematisch, sondern verschärft den Konsolidierungsdruck auf die anderen Sach- und Fachausgaben, die ja insgesamt um nicht mehr als 1% steigen sollen.

Ein anderes Beispiel unzureichender Investitionsplanung ist der Wohnungsbau: Wie mit einer lächerlichen Aufstockung der Schuldendiensthilfen für die Wohnungsbaukreditanstalt um 10 Mio. Euro bis 2015 die groß angekündigte, aber jetzt schon auf 2013 verschobene »Wohnungsbauoffensive«

mit 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr gefördert werden soll, bleibt das Geheimnis des SPD-Senats.

DIE LINKE hat sich dafür ausgesprochen, die Hälfte der Steuermehreinnahmen (also ca. 350 Mio. Euro) für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die andere Hälfte für eine Strukturpolitik und die Milderung von Unterfinanzierung einzusetzen. Im Jahr 2012 sollten diese Mehreinnahmen vor allem für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie die unterfinanzierten Bereiche, also vor allem Bildung, Hochschule und ÖPNV, verwandt werden.

Faktisch droht die Haushaltspolitik des Senats selbst jenem Verdikt zu unterliegen, das er gegenüber seinen rechten Kritikern geltend macht: »Sparprogramme, die mit kurzem Zeithorizont und hohen Volumenvorgaben aufgelegt werden, laufen Gefahr, wichtige staatliche Leistungen zu beschädigen.« Genau dies tut der Senat, indem er einerseits an den Einkommen der Beschäftigten kürzt und jährlich 250 Stellen im öffentlichen Dienst abschaffen will, was die Qualität öffentlicher Dienstleistungen zwangsläufig deutlich mindert, andererseits in die unterfinanzierten Bereiche nur in einem Um-

fang investiert, dass nicht einmal die Substanz erhalten wird. Beides ist weder sozial gerecht noch volkswirtschaftlich sinnvoll – vor allem auch vor dem Hintergrund des drohenden Konjktureinbruchs. So wäre viel gewonnen, wenn endlich die Wohnungsnot sofort energisch angegangen würde. Darüber würden aus aktiver, antizyklischer Wirtschaftspolitik auch höhere Steuereinnahmen generiert. Weitere zukunfts-trächtige Investitionsfelder sind die marode städtische Infrastruktur und der Ausbau qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungsbereiche (Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziale Betreuung), die allen BürgerInnen der Stadt zugute kommen.

Eine weitere Entspannung der Haushaltssituation könnte sich für Hamburg ergeben, wenn der Bund die angekündigte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung tatsächlich übernimmt. Das würde den Haushalt aufsteigend um bis zu 180 Mio. Euro jährlich entlasten. In diesem Zusammenhang ist allerdings auf zweierlei hinzuweisen. Erstens steht die Übernahme dieser Kosten im Zusammenhang mit dem politischen Handel über die Reform der Hartz IV-Gesetzgebung Anfang 2011. Sie wird finanziert

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Eine Studie zu **Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltmediation bei großen Infrastrukturprojekten** hat die Bundestagsfraktion der LINKEN vorgelegt. Es geht um den Ausbau der Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen der Bevölkerung insbesondere bei Verkehrsprojekten (<http://dokumente.linksfraktion.de>).

Die **Wohnkostenbelastung** im unteren Einkommensfünftel hat sich zwischen 1997 und 2009 in Westdeutschland von 37,0 auf 40,4% erhöht. Diese und viele andere Informationen sind dem soeben erschienenen Datenreport 2011 des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen (www.destatis.de)

Einen erneuten Anlauf, die Ergebnisse des umstrittenen Zukunftsplanes Altona vorzustellen, unternimmt das Bezirksamt am Mittwoch, den **26.10.** Die Veranstaltung **Zukunftsplan – so wollen wir leben!** beginnt um **18:30 Uhr** im Bürgertreff Altona-Nord (Gefionstraße 3).

In Vorbereitung der **Demonstration gegen den Mietenwahnsinn** am Samstag, den **29.10. ab 13:00 Uhr auf dem Millerntorplatz** in St. Pauli und eines hamburgweiten **Topfschlagens gegen steigende Mieten und Wohnungsnot** am Donnerstag, den **27.10. von 19:00-19:10 Uhr** findet am Mittwoch, den **26.10. um 19:00 Uhr** im Centro Sociale (Sternstraße 2) eine **Diskussionsveranstaltung zu Arbeitslosengeld II und Mieten** von der Sozialpolitischen Opposition, dem Verein Mieter helfen Mietern und dem Netzwerk SGB II statt.

Die Geschichtswerkstätten in Dulsberg und Barmbek diskutieren am Samstag, den **29.10.**, mit KunsthistorikerInnen und DenkmalschützerInnen über das **denkmalgeschützte Stadtbild, konkret die Schumacherschen Backsteinbauten**. Beginn ist um **10:00 Uhr** auf dem Schulhof des Emil-Krause-Gymnasiums (Krausestraße 53). Um Anmeldung unter Tel. 226 09 972 oder 29 31 07 wird gebeten.

Die Regionalkonferenz der »Metropolregion Hamburg« widmet ihre Tagung am Freitag, den **4.11., von 10:00 bis 15:00 Uhr** im Rathaus dem Komplex **Verkehr & Mobilität**. Es geht u.a. um die Entwicklung der Verkehrsnachfrage, Verkehrspolitik, Umsteigerkonzepte und Zukunftsperspektiven (www.metropolregion.hamburg.de).

Attac Hamburg veranstaltet am Samstag, den **5.11.**, in der Erich-Kästner-Gesamtschule (Hermelinweg 10) in Farmsen eine Konferenz zu **Armut und Reichtum und Soziale Spaltungen in Hamburg**. Ab **10:00 Uhr** referiert Claus Schäfer vom WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, anschließend gibt es Workshops und ab 16:30 Uhr ein Plenum über »Eine neue Offensive für mehr soziale Gerechtigkeit« (www.attac-netzwerk.de/hamburg/).

**Grundsicherung und Gesamtausgaben
(in Mio. Euro)**

	2011	2012	2013	2014	2015
Kosten der Grundsicherung, die der Bund übernehmen will		50	115	170	184
bereinigte Gesamtausgaben lt. Finanzplanung	10.173	10.639	11.070	11.429	11.823

durch eine dramatische Kürzung der Bundeszuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit um vier Mrd. Euro. Die Folge ist auch eine deutliche Reduktion der Mittel für Arbeitsmarktpolitik in Hamburg. Sie sinken bis 2014 um 100 Mio. Euro. Der Senat weigert sich allerdings hartnäckig, zumindest über eine Teilkompensation aus Haushaltsmitteln nachzudenken.

Zweitens wird am Beispiel der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung deutlich, wie sehr die Politik der massiven Senkung von Steuern und »Lohnnebenkosten« heute die öffentlichen Kassen wie auch die sozialen Sicherungssysteme bei gleichzeitig steigenden Kosten belastet.

Die Grundsicherung im Alter hat gerade für Hamburg eine enorme Bedeutung. Im reichen Hamburg waren Ende 2009 5,28% der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter auf Grundsicherung angewiesen. Das war Rang 1 im negativen Vergleich mit den anderen 16 Bundesländern. Die bundesdurchschnittliche Hilfequote lag bei 2,37% (400.000 GrundsicherungsempfängerInnen von 16,9 Mio. BürgerInnen, die 65 Jahre und älter sind). Hamburg rangiert damit auch vor den beiden ärmeren Stadtstaaten Bremen (4,81%) und Berlin (4,68%) und deutlich vor Nordrhein-Westfalen (2,97%), dem Flächenland mit dem höchsten Anteil von Hilfebedürftigen im Rentenalter.

Es ist zu begrüßen, dass sich SPD und Senat zu einer Initiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Bundesebene durchgerungen haben. »Aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte sollen insbesondere die »starken Schultern« großer Privatvermögen einen größeren Beitrag leisten.« Die Vermögenssteuer soll »so gestaltet werden, dass sie die oberen 5% der Vermögen erfasst, selbstgenutztes Wohneigentum freistellt und das produktive Betriebsvermögen sowie Zukunft sichernde Investitionen des Mittelstands

und des Handwerks ausreichend berücksichtigt« werden. Zudem soll sichergestellt werden, dass die Bundesländer zukünftig nicht mehr durch Beschlüsse der Bundesregierung einseitig belastet werden – wie dies beispielsweise bei Beschlüssen zur Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen der Fall war. Darüber hinaus plädiert die SPD-Fraktion dafür, in Hamburg den Steuervollzug deutlich zu verbessern. Allerdings bleibt dies aktuell für den Doppelhaushalt reine Symbolpolitik. Auf Bundesebene wäre erst bei einer Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse mit einer deutlichen Verbesserung der Steuereinnahmen zu rechnen. Bislang hat sich die Ankündigungspolitik der SPD als wenig belastbar erwiesen.

Den effektiven Steuervollzug sieht zwar auch der Senat als »wichtige Daueraufgabe zur Sicherung des Steueraufkommens«, zieht daraus aber keine Schlüsse. Im Gegenteil. Mit dem Argument, in den letzten Jahren seien in der Hamburger Steuerverwaltung mehrere große Umstrukturierungsprojekte auf den Weg gebracht worden, die jetzt eine »Phase der Konsolidierung erforderlich« machten, wird eine deutliche personelle Aufstockung des Steuervollzugs auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Und dies, obwohl der Handlungsbedarf auf der Hand liegt: So ist die Zahl der jährlich geprüften Großunternehmen trotz »Umstrukturierungsprojekten« in den letzten Jahren zurückgegangen. Auch die hohe Zahl der Selbstanzeigen wegen Steuerbetrugs macht deutlich, welche Steuerschätze mit einem effektiven Steuervollzug in Hamburg zu heben wären.

Die mögliche deutliche Verbesserung des Steuervollzugs durch die Einstellung von mehr SteuerprüferInnen und SteuerfahnderInnen betreibt die SPD im Schnecken tempo. Für den Doppelhaushalt 2011/21 ist eine Aufstockung des Personals in den Steuerämtern mit zusätzlich sechs Fachkräften vorgesehen.

Mit der Forderung nach deutlicher Verbesserung des Steuervollzugs und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer vollzieht die Hamburger SPD symbolisch einen Schritt aus der selbstaufgelegten Logik der niedrigen Steuerlast und (damit zwangsläufig verbunden) des »schlanken Staates«. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer brächte bei entsprechender Ausgestaltung zusätzliche jährliche Einnahmen von 1-2 Mrd. Euro und damit Spielräume für Haushaltssanierung und Zukunftsinvestitionen für die Stadt.

Kurzanalysen & Kommentare

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine sowie alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Bei anderen gefunden: Heute »Reichtum«

»Die zehn reichsten Hamburger besitzen ein Vermögen von fast 35 Milliarden Euro. Das ist weit mehr als die gesamte Verschuldung der Stadt Hamburg (rund 25 Milliarden Euro). Insgesamt besitzen alle Hamburger laut ver.di rund 208,65 Milliarden privates Geldvermögen. Gleich verteilt ergäbe das ein Vermögen von 117.592 Euro pro Person. Derzeit wächst das private Vermögen in Hamburg pro Sekunde um 379 Euro. Die städtischen Schulden wachsen um 24 Euro pro Sekunde und betragen pro Kopf 13.868 Euro.«

(Hamburger Morgenpost vom 23.10.2011)

»Unter 500 Quadratmeter Wohnfläche tut es kaum einer von der »Manager Magazin«-Liste. Die Adressen der Herrschaften: Bellevue, Rondeel, Leinpfad, Schöne Aussicht, Harvestehuder Weg oder Elbchausee. Trautes Heim, Glück allein.«

(Online-Ausgabe der Hamburger Morgenpost vom gleichen Tag)

Die reichsten Hamburger 2011

1  Michael Otto & Familie Otto-Versand, Einkaufszentrum 9 Milliarden	2  Günter & Daniela Herz Mayfair-Holding/Tchibo-Erben 7 Milliarden	3  Familie Ingeburg Herz Maxinvest, Witwe des Tchibo-Gründers 4,5 Milliarden	4  Klaus-M. Kühne, Schweiz Kühne & Nagel Spedition 4,1 Milliarden	5  Heinz Bauer Bauer Verlag Zeitschriften 2,6 Milliarden
6  Angelika Jahr & Familie Gruner + Jahr Verlag 2,5 Milliarden	7  Günther Fielmann Fielmann Brillen 2 Milliarden	8  Dieter Schnabel Helm Chemiehandel 1,3 Milliarden	9  Jürgen Großmann Georgsmarienhütte Holding 950 Millionen	10  Dieter Becken Immobilien 900 Millionen

11. Familie Möhrle	Vormals Max Bahr/Immobilien	850 Millionen	26. Familie Schwarzkopf	Vormals Schwarzkopf/Kosmetik	350 Millionen
12. Familie Clausen	Vormals Beiersdorf	850 Millionen	27. Wilfried Förster	Vormals PDV/Dienstleistungen	350 Millionen
13. Familie Vogel	Robert Vogel/Immobilien	750 Millionen	28. Thomas Eckelmann	Eurokal/Containerterminal	300 Millionen
14. Jan Philipp Reemtsma	Vormals Reemtsma/Zigaretten	700 Millionen	29. Geschwister Hollmann	Vormals Bauer Verlag/Immobilien	300 Millionen
15. Helmut Greve	Immobilien	700 Millionen	30. Jan Bernd Rothfos	Kord-Gruppe/Kaffee	300 Millionen
16. Claus und Gunnar Heinemann	Gebr. Heinemann/Duty Free	500 Millionen	31. Familie Hoyer	Spedition	300 Millionen
17. Michael R. Neumann	Neumann-Gruppe/Kaffee	850 Millionen	32. Familie Berenberg-Gossler	Privatbank	300 Millionen
18. Familie Hermann Reemtsma	Vormals Reemtsma	500 Millionen	33. Sven Hansen	H&R Spezialchemie	300 Millionen
19. Familie Gruner	Vormals Gruner & Jahr/Verlag	450 Millionen	34. Familie Krämer	Reederei	300 Millionen
20. Familie Bartels	Immobilien/Hotels	400 Millionen	35. Familie Lange	Jungheinrich/Gabelstapler	250 Millionen
21. Familie Krahn	Otto Krahn Gruppe/Kunststoff	400 Millionen	36. Augstein-Erben	Spiegel-Verlag	250 Millionen
22. Friedrich-Wilhelm Werner	Bjow Brigitte/Modenschmuck	400 Millionen	37. Jan Bernd Reemtsma	Vormals Reemtsma	250 Millionen
23. Familie James Cloppenburg	Peek & Cloppenburg/Textilien	350 Millionen	38. Familie Theo Gerlach	Seaside Hotels/Immobilien	250 Millionen
24. Ernst Langner	Vormals Suba-Center	350 Millionen	39. Frank Leonhardt	Reederei Leonhardt & Blumberg	200 Millionen
25. Familie Rickmers	Reederei Rickmers	350 Millionen	40. E.u. H. von Rantzau	Deutsche Afrika-Linien/Reeder	200 Millionen

Aufs öffentliche Gaspedal drücken

Von Heike Sudmann



XXL-Busse der Hamburger Hochbahn

»Hamburg soll das modernste Bussystem Europas bekommen.« Mit diesem Satz wollte Olaf Scholz in seiner Jungfernrede als neuer Bürgermeister am 23. März 2011 das Nein der SPD zur Stadtbahn entschärfen. Ohne eine Stadtbahn in naher Zukunft böte in der Tat der Ausbau des Bussystems Möglichkeiten, erheblich mehr Menschen auf den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) umsteigen zu lassen – wenn denn die dafür nötigen Maßnahmen vernünftig und sozial gerecht umgesetzt werden würden. Doch davon kann die Rede nicht sein, wie dies einige Entscheidungen der vergangenen Wochen deutlich machen.

Fahrpreise erhöhen und Schwarzfahren beklagen

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will ab März 2012 den »Einstieg vorn« auf allen Buslinien (bis auf die Metrobuslinien 4, 5 und 6) einführen. Im Rahmen eines Pilotprojekts in Bergedorf und Harburg habe man damit seit März 2011 den Schwarzfahreranteil erheblich reduzieren können. Nicht, dass ich dem Schwarzfahren das Wort reden will, aber mich stimmt schon nachdenklich, dass die Fahrkartenüberprüfungen ab Frühjahr 2012 um 50% zunehmen sollen und SPD und CDU auch noch höhere Geldbußen für die Menschen ohne gültigen Fahrausweis fordern. Mobilität ist aus meiner Sicht ein soziales Grundrecht, die Nahverkehrstarife in Hamburg sind jedoch derartig hoch, dass sich viele Menschen eine Fahrkarte kaum noch leisten können, um dieses Grundrecht wahrzunehmen. Statt die Tickets zu verbilligen und damit einen sozial gerechten Impuls zur stärkeren Nut-

zung des ÖPNV zu setzen, plant der HVV das dritte Jahr in Folge, die Tarife um 2,8% zum 1. Januar 2012 zu erhöhen. Das liegt erneut über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten und erst Recht über dem durchschnittlichen Lohnanstieg. Keiner fährt schwarz, weil es ihm Spaß macht, es ist die finanzielle Not, die in dieser in Arm und Reich gespaltenen Stadt die BürgerInnen dazu treibt. Von 2008 auf 2009 ist die Zahl derjenigen, die wegen wiederholter »Beförderungserschleichung« Gefängnisstrafen verbüßen mussten, von 459 auf 623 Personen gestiegen. Die Haftstrafen lagen zwischen einem und zwölf Monaten Freiheitsentzug und ein Hafttag kostet die SteuerzahlerInnen pro Betroffenen rund 150 Euro. Da wäre es doch vernünftiger, wenn die dafür aufgewendeten Millionen in ein kostenfreies Sozialticket für TransferleistungsempfängerInnen, SchülerInnen, StudentInnen und RentnerInnen gesteckt würden. Doch der Senat kontrolliert lieber für teures Geld die Fahrgäste.

Busbeschleunigung im Schneckentempo?

Im Hamburger Abendblatt war am 14. Oktober zu lesen, dass der Senat »259 Millionen Euro für schnellere Busse« investieren wolle. Allerdings würden die ersten Maßnahmen erst 2016, also in fünf Jahren, verwirklicht werden. Da stellt sich die Frage, warum Olaf Scholz die Stadtbahn binnen kürzester Frist ad acta gelegt hat, aber für die Busbeschleunigung das Gaspedal nicht findet.

Mehr Busspuren und eine Ampel-Vorrangschaltung für Busse sind eine gute Sache. Warum aber neue Busbuchten ge-

schaffen werden sollen, selbst dort, wo für den übrigen Verkehr (z.B. Paketdienste) das Halten auf der Fahrbahn zulässig ist, bleibt ein verkehrspolitisches Rätsel. Ich setze mich dafür ein, Haltestellen direkt an der Fahrbahn zu schaffen. Dann kann sich der Bus mit seinen 10, 30 oder gar 70 Fahrgästen schnell wieder in den Verkehr einfädeln. Das eingesparte Geld könnte dafür verwendet werden, das von der SPD schon vor Jahrzehnten gemachte Versprechen einzulösen, endlich Steilshoop und den Osdorfer Born besser anzubinden (sofortige Erhöhung und Verlängerung der Bustakte, konkrete Planungen und Terminierungen für einen Bahnanschluss).

Die neueste Generation von Bussen wird zwar länger, enthält aber gleichzeitig weniger Sitzplätze. Dies ist kontrapro-

duktiv, denn ein attraktiverer ÖPNV wird nicht dadurch geschaffen, dass noch mehr Menschen wie in einer Sardinenbüchse aneinandergereiht stehen müssen. Der Trend zum Abbau der Sitzplätze muss sofort gestoppt werden.

Gegenwärtig fahren die Metrobusse im Zehn-Minuten-Takt in der Regel werktags von 6 bis 21 Uhr, samstags von 10 bis 21 Uhr und sonntags von 13 bis 21 Uhr. Auch dies kann und muss verbessert werden. Die Linksfraktion will deshalb vom Senat wissen, welchen Aufwand es bedeuten würde, die Metrobusse werktags bis 23 Uhr und am Wochenende von 7.30 bis 23 Uhr fahren zu lassen, so wie es bei U- und S-Bahnen schon jetzt ist. Über die Antwort werde ich berichten.

Wohnungsbau durch Mieterschutz flankieren!



Die »Rettet Elisa« Initiative protestiert

Für die Bürgerschaftssitzung am 26. Oktober hat DIE LINKE beantragt, das Thema Wohnen und Mieten zum Gegenstand der Aktuellen Stunde zu machen. Anlass sind die exorbitanten Mietsteigerungen, gegen die sich eine Demonstration am 29. Oktober richten wird, und die für Anfang November zu erwartende Vorlage des neuen Mietenspiegels durch Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau. Sie wird zudem einen Antrag einbringen, der die Rechte der MieterInnen stärken und die Mietpreisentwicklung deckeln soll.

Dass die Wohnungs- und Mietenfrage für viele Menschen immer dramatischer wird, zeigen die fast täglichen Hiobsbotschaften. Nach dem neuen »Datenreport 2011« des Statistischen Bundesamtes sind knapp 16% der Bevölkerung armutsgefährdet. »Jeder Dritte von ihnen sieht sich nach eigener Einschätzung durch die Wohnkosten »finanziell schwer belastet«, wie in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 11.10.2011 zu lesen war. »Bei dem Anteil der Bevölkerung, der nicht von Armut bedroht ist, empfand noch knapp jeder Fünfte (18%) dies ebenso. Wie aus der Erhebung hervorgeht, sind 16% der armutsgefährdeten Frauen und Männer nicht in der Lage, »ihre Wohnung angemessen warm zu halten«.

Zwei aktuelle Beispiele aus Hamburg mögen diese bedrohliche Lage für viele MieterInnen veranschaulichen. In einer vom Senat noch nicht beantworteten Kleinen Anfrage weisen wir auf die Probleme eines Wohnheims in der Neustadt hin: »Das denkmalwürdige Gebäudeensemble in der Rehhoffstraße 1, Häuser 1 bis 3, im Stadtteil Neustadt ist 1912/13 errichtet worden. Die darin befindlichen, außerordentlich klein geschnittenen »Wohnungen« – im Normalfall umfassen sie einen Raum zwischen acht und neun Quadratmetern, je 30 Personen auf der Etage können eine Dusche, eine kleine Küche und drei Toiletten nutzen – sind zu einem monatlichen Preis von 152 bis 250 Euro (exklusive der 100 Euro für Nebenkosten) vermietet. Von Beginn an war das Gebäude für Seeleute und ArbeiterInnen gedacht gewesen, seit langem wird es als Männerwohnheim genutzt. Ein grundlegender Wandel trat im Sommer 2009 ein, als der dänische Investor »Core Property Management« das Ensemble erwarb und schnell deutlich machte, die Häuser entmieten und zu teuren Appartements für Singles umbauen zu wollen. Dies scheiterte bisher daran, dass die Anlage durch eine in der Südlichen Neustadt seit 1995 wirksame Soziale Erhaltensatzung samt Umwand-

lungsverordnung vor solcherart Eingriffen geschützt ist. Der Versuch, den Komplex aus der Erhaltungsverordnung zu entlassen, wurde von der zuständigen Behörde bereits einmal abgelehnt. Die Soziale Erhaltungsverordnung ist zuletzt am 9. Dezember 2008 um weitere fünf Jahre verlängert worden, also zunächst bis Ende 2013 in Kraft. Dennoch halten die Bemühungen des Eigentümers an, das Wohnhaus nach und nach zu entmieten, teilweise offenbar mit recht dubiosen Methoden. Nur noch etwa die Hälfte der Zimmer ist bewohnt, neue Mietverträge werden nicht mehr ausgestellt, die zuletzt vereinbarten sind befristet, Nebenkostenabrechnungen unterbleiben seit etwa einem Jahrzehnt. Viele MieterInnen haben Angst, ihr z.T. seit Jahrzehnten bewohntes Zimmer zu verlieren bzw. aus dem Gebäude herausgemobbt zu werden.«

Und im Stadtteil Hamm sorgt ausgerechnet eine Genossenschaft – die Vereinigte Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft (VHW) – für Schlagzeilen. Es geht um den im Schumacherschen Stil errichteten und nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgebauten Gebäudekomplex Am Elisabethgehölz 3-7, Chapeaurougeweg 16-20 und Curtiusweg 1-5. Die rund 200 MieterInnen in den vereinzelt bereits leer stehenden 122 Wohneinheiten erfuhren Ende August, dass die VHW den Komplex abreißen und durch einen Neubau mit 120 Wohnungen ersetzen will. Die neuen Wohnungen sollen nicht nur größer werden, vor allem würde auch der Mietpreis von um die 4,50 Euro auf sage und schreibe 11,50 Euro pro Quadratmeter /qm steigen! Dies ist für den größten Teil der dort teilweise schon seit Jahrzehnten wohnenden Menschen unbezahlbar. Und so ist die Empörung zu Recht groß: »Hamm soll entwickelt werden. Es soll schicker und teurer werden. Die-

sem Zweck soll eines der schönsten Backstein-Ensembles in Hamm geopfert werden.« (MieterInneninitiative »Rettet Elisa« auf ihrer Website <http://www.rettet-elisa.de>).

DIE LINKE stemmt sich auf Bezirks- wie auf Bürgerschaftsebene gegen das Vorhaben der VHW. Sie verweist darauf, dass der im Moment vom Senat allerorten betonte Wohnungsneubau keineswegs der Universalschlüssel zur Lösung der massiven Probleme auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ist. Abriss von günstigem Wohnraum und Neubau ist für die bisherigen MieterInnen mit massiven Preissteigerungen und einer enormen existentiellen Unsicherheit verknüpft.

Die Mietervereine mahnen seit Jahren an, dass eine Problemwelle auf die Stadt zurollt, denn die überwiegend kostengünstigen kleinen Wohnungen sind zumeist Produkte der Nachkriegszeit und in ihrer Bausubstanz abgängig. Mietwohnungsneubau muss vor allem bezahlbare Wohnungen schaffen und dies gilt insbesondere in jenen Fällen, wo bestehende preiswerte Wohnungen wegfallen. Gerade von den Genossenschaften ist hier eine Vorbildfunktion zu erwarten. Es ist keine Lösung, wenn der Wohnungsneubau selbst als Verdrängung angelegt ist. Abriss darf nur noch unter der Prämisse stattfinden, dass die MieterInnen vertraglich abgesichert werden – im Rahmen ihrer bisherigen Mietzahlungen und zu vergleichbaren Quadratmeterzahlen. Dies muss behördlich überwacht werden, um der Preisspirale im innerstädtischen Raum entgegenzuwirken.

Dies sind zwei Beispiele, die zeigen, dass alleine der in Aussicht genommene verstärkte Neubau nicht ausreicht, wenn zugleich preisgünstiger Wohnraum vernichtet wird und die Mieten steil nach oben gehen.

Schutzschirm für die Mieterinnen, Mietenspirale stoppen! (Antrag der LINKEN in der Bürgerschaft)

»Der Senat wird ersucht,

1. die seit langem währenden Bemühungen der Mieterverbände zur Ausweitung des sozialen Mietrechtsschutzes stärker zur Kenntnis zu nehmen und in seine Entscheidungen einzubeziehen.
2. die »bundespolitische Initiative« des Landes Berlin (»Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung bezahlbarer Mieten und zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten«; Deutscher Bundestag, Drucksache 17/6371 vom 29.6.2011) aufzugreifen, um das Mietrecht zu verbessern.
3. sich im Sinne dieser Initiative dafür einzusetzen, dass
 - a) die Miete bei Neuvermietungen höchstens 15% über der ortsüblichen Vergleichsmiete (laut Mietenspiegel) liegen darf;
 - b) die Möglichkeit für allgemeine Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (§ 558 BGB) von 20 vom Hundert auf 15 vom Hundert gesenkt und der Mieterhöhungszeitraum von drei Jahren auf vier Jahre gestreckt wird, um den Mietpreisauftrieb insgesamt zu verlangsamen. Damit wird eine wirksame Abschwächung der Mietenentwicklung erwartet, die gleichfalls mittelfristig senkend auf die Entwicklung der ortsüblichen Vergleichsmieten im Mietenspiegel wirkt;
 - c) die Höhe der Modernisierungumlage nach § 559 BGB im Sinne eines Interessenausgleichs und um die Akzeptanz von energetischen Modernisierungsmaßnahmen bei MieterInnen zu erhöhen, von derzeit 11 vom Hundert auf 9 vom Hundert abgesenkt wird.
4. bei zukünftigen Mietenspiegelerhebungen für Hamburg auch die unveränderten Bestandsmieten in einem statistisch repräsentativen Anteil in die Berechnungen der ortsüblichen Vergleichsmieten einfließen zu lassen.
5. die Neuvermietungen angesichts der Wohnungsnot nicht mehr dem freien Markt zu überlassen, sondern die damit verbundenen Mieterhöhungen gesetzlich zu »decken«. Zurzeit funktioniert beim Abschluss neuer Mietverträge nur das Verbot von Wucherrenten, die mehr als 50% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Das ist im Wirtschaftsstrafgesetz festgelegt. Angestrebt wird die Einführung einer Mietobergrenze, welche maximal 30% des Nettodurchschnittseinkommens eines MieterInnenhaushaltes beträgt. Die generelle Obergrenze soll durch das landesdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen bestimmt werden.
6. zum 1. April 2011 einen umfassenden Bericht über die allgemeine Mietensituation in Hamburg vorzulegen und über den Stand der senatspolitischen Initiativen zur Bekämpfung der Mietenexplosion zu berichten.«

Rahmen für Arbeit?



Die massiven Kürzungen der Finanzmittel für den bundesweiten Arbeitsmarkt treffen auch Hamburg. Obwohl der Senat einräumt, dass dadurch sein Handlungsspielraum beschnitten wird, sieht er keinen Anpassungsbedarf durch ergänzende Landesmittel. Das arbeitsmarktpolitische Budget des Bundes im SGB II wurde durch die Entscheidungen der Bundesregierung im Jahr 2011 in Hamburg von 184 Mio. Euro um 50 Mio. Euro auf 134 Mio. Euro gekürzt, im Jahr 2012 wird es voraussichtlich um weitere 20 bis 30 Mio. Euro abgesenkt werden. Damit stehen in 2012 nur noch rund 100 Mio. Euro, ab 2013 nur noch rund 90 Mio. Euro an Fördermitteln des Bundes zur Verfügung.

Diese drastischen Kürzungen kann das Land Hamburg selbst nicht ausgleichen. Immerhin hätte es angesichts von sicheren Steuermehreinnahmen auch in Anbetracht der abflauenden Konjunktur die Möglichkeit gegeben, die rund 13 Millionen Euro durch Landesmittel maßvoll aufzustocken. Es ist also eine politische Entscheidung, die massiven Budgetkürzungen der Bundesregierung zur alleinigen Rahmenbedingung für ein Arbeitsmarktprogramm zu machen. Was bringt aber ein Landesprogramm mit einem deutlich reduzierten Mittelbudget?

Mit dem gemeinsamen arbeitsmarktpolitischen Programm wollen die Agentur für Arbeit, das Jobcenter team.arbeit.hamburg und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) einen Rahmen schaffen, der die Arbeits-

marktpolitik der nächsten vier Jahre skizziert. Für 2012 werden einzelne Maßnahmen bereits konkret vereinbart, während es in weiten Bereichen aber nur Rahmenbeschlüsse gibt, die dringend mit konkreten Inhalten gefüllt werden müssten. Planungen und Mitteleinsatz sollen künftig generell gemeinsam und unter Beachtung größtmöglicher Synergien erfolgen. DIE LINKE begrüßt grundsätzlich, dass alle Akteure sich auf ein gemeinsames Rahmenkonzept verständigt haben. Positiv sehen wir auch, dass durch jährliche Berichterstattung künftig die Wirksamkeit der verschiedenen Maßnahmen und die Schwerpunktsetzung überprüft werden kann.

Der zuständige Senator geht allerdings davon aus, dass mit dem vorgelegten Arbeitsmarktprogramm seine Arbeit vorerst erledigt sei. Das ist aber keinesfalls so. Die Instrumentenreform des Bundes stellt neue Probleme, die angegangen werden müssen. Es fehlt am Mut, in Anbetracht der bundespolitischen Sparbeschlüsse endlich ganz auf die unsäglichen Ein-Euro-Jobs zu verzichten und stattdessen einen gesamtwirtschaftlich viel sinnvolleren und langfristig sogar kostengünstigeren sozialen Arbeitsmarkt mit regulären Jobs einzurichten. Ebenfalls Fehlanzeige bei den Vermittlungsgutscheinen (zukünftig Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine). Hier besteht die Möglichkeit, durch entsprechende Streichung im Budget ganz auf dieses unsinnige Instrument zu verzichten und erhebliche Mittel für sinnvolle Qualifizierung und Weiterbildung freizubekommen.

Alles in allem darf es nicht bei dem unvollständigen und unausgewogenen Konzept des Senats bleiben, bei dem z.B. die langzeiterwerbslosen Schwerbehinderten als immer größer werdende Gruppe schlicht vergessen worden sind – mit dem Verweis auf den irgendwann weit im nächsten Jahr kommenden Landesaktionsplan, dem man nicht vorgreifen wollte. Das ist schon beinahe ein politischer Schildbürgerstreich.

DIE LINKE fordert, umgehend das Arbeitsmarktprogramm fortzuentwickeln. Unsere wichtigsten Kritikpunkte:

Erstens: Der Arbeitgeberservice soll zukünftig nur noch als ein gemeinsamer Service der Agentur für Arbeit und des Jobcenters mit aktuell 170 Vermittlern unter dem Dach der Agentur für Arbeit organisiert werden. So sollen bessere Vermittlungsergebnisse für alle Arbeitslosen erreicht werden, unabhängig davon, ob sie erst kurzfristig oder schon lange arbeitslos sind. Zudem soll durch eine Ausrichtung eines Teils der Aktivierungsmaßnahmen des SGB III auch für langzeiterwerbslose Menschen im Rechtskreis des SGB II (also Hartz IV) die schnelle Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigung verstärkt werden. Dazu stellt das Jobcenter team.arbeit.hamburg Mittel in Höhe von rund 20 Mio. Euro für die Qualifizierung integrationsnaher Arbeitsloser für Maßnahmen zur Eingliederung und zur Förderung beruflicher Weiterbildung zur Verfügung. Die Maßnahmen sollen gezielt für die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung genutzt werden. Diese gezielte und auf die Bedürfnisse der BürgerInnen und Bürger ausgerichtete Förderung wird immer wieder betont. Die Umorganisation allein kann aber nicht überzeugen, solange nicht begleitend konkrete Konzepte für die Umsetzung vorgelegt werden. Dies klingt eher nach einer üblichen Neuorganisation mit Personaleinsparungen, ohne dass die Konzentration auf die betroffenen Bürger damit verbessert wird.

Zweitens: Beschäftigte und Arbeitslose sollen gezielt qualifiziert werden, um deren Leistungspotenzial für eine berufliche Eingliederung und einen beruflichen Aufstieg zu nutzen. Dazu soll auch weiterhin der neue Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein ausgegeben werden. Der Senat gesteht jedoch ausdrücklich ein, dass auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit den Integrationserfolg kritisiert hat. Es wird wider besseres Wissen nicht auf dieses Instrument verzichtet, obwohl es letztlich nur der Wirtschaftsförderung von Vermittlungsagenturen dient.

Drittens: Es sollen verstärkt Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders arbeitsmarktferne Arbeitslose in einem sozialen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Dabei geht es allerdings erkennbar nicht um einen Bereich öffentlicher Beschäftigung zu sozialversicherungspflichtigen Bedingungen. Senator Scheele räumt ein, dass die Zahl von weiterhin 3.900 Ein-Euro-Jobs im Jahr 2012 eine politische Festsetzung und keineswegs gutachterlich so empfohlen ist. Das Gutachten über Beschäftigung schaffende Maßnahmen hat eindeutig ergeben, dass weder die Ein-Euro-Jobs noch die Beschäftigungszuschüsse taugliche Instrumente zur individuellen Förderung von arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern sind. Zu einem

generellen Verzicht auf die Ein-Euro-Jobs fehlt dem Senator die Vision für die Alternative eines echten sozialen Arbeitsmarktes, wie ihn die Fraktion DIE LINKE eingefordert hat.

Nach wie vor ungeklärt ist, mit welchen Kostenerstattungen die Träger bei den Ein-Euro-Jobs im nächsten Jahr für die Betreuung und Qualifizierung rechnen können. Mit den Leerformeln Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Mitteleinsatzes wird eine verlässliche Planung gerade für die kleineren sozialen Träger nach wie vor behindert. Die Träger wissen immer noch nicht, mit was für finanziellen Rahmenbedingungen sie nächstes Jahr rechnen müssen.

Im Rahmen von Ein-Euro-Jobs werden Profiling, Stabilisierung, Bewerbungstraining und Qualifizierung wie bisher nach der bestehenden Rechtslage durch den Beschäftigungsträger angeboten. Die sozialen Träger, die bislang noch keine entsprechende Zertifizierung haben, geraten hier in absehbare Schwierigkeiten, wenn sie nicht entsprechend kurzfristig unterstützt werden. Der Hinweis, für alle Beteiligten habe ausreichend Zeit bestanden, sich hierauf einzustellen, ist nicht wirklich eine angemessene und verantwortungsvolle Antwort.

Bei der Vergabe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen soll die Leistungsqualität eines Bieters nach wie vor nur über die Zulassung als »geeigneter Träger« erfolgen. Das ist eine weitere Drohung an die kleineren sozialen Träger, dass nicht nur mit dem unangebrachten Preisargument, sondern auch noch mit angeblich fehlender Leistungsfähigkeit gute Betreuung und Qualifizierung als Maßstab beiseite gedrängt werden sollen.

Nach wie vor bleibt zudem völlig unklar, wie die zukünftigen 40 zusätzlichen sozialpädagogischen Beratungsstellen einigermaßen vernünftig und effektiv mit den Trägern und deren eigenen Betreuungsmitarbeitern zusammenarbeiten sollen. Es droht hier ein ineffizienter Wasserkopf, der letztlich eine Menge Landesmittel ohne sinnvolle Wirkung verschlingt.

Demgegenüber halten wir fest: Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik führen nicht zu besserer Vermittlung! Gute und nachhaltige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen ausreichend finanziert werden. Nur so sind langfristige, wirkungsvolle Weiterbildungsprogramme und öffentlich geförderte Beschäftigung möglich, lässt sich die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen. Zugleich ist die Zumutbarkeit bei der Vermittlung in Arbeit neu zu regeln, um den Druck zur Aufnahme schlecht bezahlter und prekärer Arbeit zu beseitigen. Die Aus- und Weiterbildung von Erwerbslosen sowie von Beschäftigten müssen ausgebaut werden, um eine kontinuierliche lebensbegleitende Fortentwicklung unabhängig vom sozialen Status zu ermöglichen. Die Bundesagentur für Arbeit darf nicht Motor für prekäre Beschäftigung sein. Sie ist auf eine nachhaltige Arbeitsförderung und Vermittlung in Gute Arbeit auszurichten und hierfür ausreichend zu finanzieren. Schließlich müssen neue Rahmenbedingungen für gute öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden, um Langzeiterwerbslosen eine Perspektive zu geben.

Schreiber macht trotzdem weiter!



In Zukunft am Bahnhof unerwünscht

Ungeachtet der Kritik, die Markus Schreiber entgegenschallt, hält der Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte an seiner Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik fest. Zwar musste er unter massivem Druck den gegen die Obdachlosen gerichteten Zaun unter der Kersten-Miles-Brücke wieder abbauen lassen und mittlerweile auch einer dort zu errichtenden öffentlichen Toilette zustimmen, aber gleichzeitig bleibt er seiner ordnungspolitischen Offensivlinie treu. Während der Bezirk Altona gerade 100 Bauwagenplätze für die nächsten Jahre genehmigt hat, bleibt der Bezirk Mitte hart und hat einen zum 3. November wirksamen Räumungstitel gegen die Wagengruppe Zomia in Wilhelmsburg erwirkt – den einzigen Wagenplatz, den es zurzeit in Mitte überhaupt gibt. Über das Vorgehen Schreibers gegen die SexarbeiterInnen in St. Georg und den von ihm bekämpften »Hansa-Treff« – eine Szenekneipe auf dem Hansaplatz, deren Betreiber im Frühjahr eine Genehmigung zum Betreiben von Außengastronomie beantragt hat – ist kürzlich ein behördeninternes Papier über Facebook verbreitet worden. Darin weist Schreiber MitarbeiterInnen an, Material zu sammeln, um es »zur Unterstützung unserer Position vertraulich an die Kommunalpolitik« weiterzugeben. »Bitte senden Sie mir vorab diese Unterlagen und bringen diese dann vertraulich im Cityausschuss ein, zur Erläuterung der Ablehnung der Sondernutzung.«

Nun kommt der Bezirksamtsleiter mit einem neuen Hauptbahnhof-Konzept in die Öffentlichkeit, in dem es einmal mehr um die Verdrängung der Herrn Schreiber besonders störenden Szene geht. Anders als bei der Kersten-Miles-Brücke sind in diesem vom Bezirksamt Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, am 28. September vorgelegten Papier »Situation am Hauptbahnhof – Konzept Sicherheit und

Ordnung« sehr viel mehr Menschen betroffen. Es geht darum, die »Visitenkarte Hauptbahnhof« clean und ordentlich erscheinen zu lassen. Zu diesem Zweck sollen die überdachten Vorplatz-Flächen des Bahnhofs und am »Fischerturm« sowie die Tunnel Mönckebergstraße und Glockengießerwall für zunächst drei Monate in Form einer Sondernutzungserlaubnis der Deutschen Bahn AG überlassen werden. Nicht mehr die Polizei hätte dann hier das Sagen (sie kann z.B. AlkoholkonsumentInnen nicht verdrängen, da das Trinken weder eine Ordnungswidrigkeit noch gar eine Straftat ist), sondern das Hausrecht erhält die Bahn, die mit dem einfachen Hinweis »Sie gefallen uns hier nicht!« Menschen der betreffenden Örtlichkeiten verweisen kann. Selbst die Bahn AG hat der schnellen Umsetzung des Konzepts vorerst eine Absage erteilt, weil es ihr ein zu heißes Eisen ist. Es ist also primär das Bezirksamt Mitte, das Druck macht.

Die Linksfraktion in der Bürgerschaft will mit Kleinen Anfragen Licht in diese Angelegenheit bringen und Ansatzpunkte finden, wie dieses fatal an die 1990er Jahre und Innensenator Schill erinnernde »Konzept« wieder außer Kraft zu setzen ist. Einer ersten Antwort des Senats auf eine Anfrage von Christiane Schneider ist zu entnehmen, dass dieser bestreitet, es würde sich um eine Privatisierung öffentlicher Flächen handeln – eine juristische Spitzfindigkeit, die der geplanten Verdrängung keinen Abbruch tut. Die Antwort auf eine weitere Anfrage, in der nach der Einsetzung eines »Runden Tisches zur Situation am Hauptbahnhof« ausschließlich mit VertreterInnen des Bezirksamtes, der Deutschen Bahn und der Hamburger Hochbahn gefragt wird, steht noch aus. Es ist ein Unding, dass der Stadtteil St. Georg und soziale Einrichtungen ausgeschlossen sind, wenn es um die Belange

unmittelbar betroffener Menschen und der direkten Nachbarschaft geht. Der Einwohnerverein St. Georg hat sich mittlerweile mit einer eigenen Erklärung vom 14.10.2011 an die

Öffentlichkeit gewandt (siehe Kasten), in der er sich eindeutig gegen die Schreiberschen Pläne der Verdrängung von in Not geratenen Menschen ausspricht.



Der Zaun musste wieder weg!

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.: Herr Schreiber irrt – erneut!

1. Entgegen den Behauptungen des Bezirksamtes wird die Situation am und um den Hauptbahnhof keineswegs als »nachhaltig beeinträchtigt« empfunden, schon gar nicht kann die Aussage bestätigt werden, es werde alles immer schlimmer und die Anlagen »zunehmend von Obdachlosen, Alkoholikern u.a. belagert«. Es ist wie immer: Hauptbahnhof ist Hauptbahnhof – und wir kommen damit gut zurecht.
2. Es drängt sich uns vielmehr der Eindruck auf, dass allerlei Maßnahmen ergriffen werden, um vom Hauptbahnhof, seinem Umfeld und gleich auch noch aus weiten Teilen St. Georgs alle diejenigen zu verdrängen, die das Auge des Bezirksamtsleiters, einige Touristen und gutbürgerliche Schichten stören, Menschen, die in einer sozial gespaltenen Gesellschaft nun einmal die Großstadt und traditionell auch ein Hauptbahnhofviertel bevölkern: Obdachlose, Alkoholtrinkende, DrogenkonsumentInnen, Prostituierte, Stricher, Straßenkids usw.
3. Den sich immer mehr herauskristallisierenden Umgang mit diesen so genannten Randgruppen kennen wir aus den 90er Jahren bereits zur Genüge. Über Jahre wurde damals die – letztlich immer wieder gescheiterte – »Strategie« gefahren, den Hauptbahnhof »clean« zu machen, weil er angeblich die »Visitenkarte« der Stadt sei, mit dem einzigen Ergebnis, dass der angrenzende Stadtteil St. Georg um so stärker von den Phänomenen von Armut und Vereinzelung, von Ausgrenzung und Vertreibung heimgesucht wurde. Eine vernünftige Sozialpolitik sieht anders aus, damals wie heute.
4. Statt vernünftige Angebote zu machen, also genügend bezahlbare Wohnungen und niedrigschwellige Anlaufpunkte zu schaffen, statt Armut und Obdachlosigkeit zu bekämpfen, statt die an den Rand gedrängten und sowieso schon weithin ausgegrenzten Menschen wenigstens zu akzeptieren und zu tolerieren, soll ihnen das Leben immer noch mehr erschwert, der Lebens- und Aufenthaltsraum immer noch stärker genommen werden.
5. Wir kritisieren nachhaltig, dass das Bezirksamt weitere Räume um den Bahnhof de facto privatisieren, jedenfalls die Zuständigkeit für Sicherheit und Ordnung, also das Hausrecht auf die privatwirtschaftlich agierende Deutsche Bahn AG übertragen will. Wir können nicht hinnehmen, dass immer mehr bisher für alle Menschen zugängliche Räume – Innenhöfe zwischen der Koppel und der Langen Reihe, Freiflächen wie der Hansaplatz, Tunnel wie der zur Mönckebergstraße und unterm Glockengießerwall, überdachte Flächen vor dem Hauptbahnhof etc. – beschnitten, eingeschränkt, observiert und mit Verboten belegt werden. Eine demokratische Gesellschaft braucht keinen Ausschluss, eine demokratische Stadtgesellschaft akzeptiert das Recht auf Urbanität und City. Und wir plädieren uneingeschränkt für eine Stadt für alle.
6. Ein »Runder Tisch zur Situation am Hauptbahnhof«, an dem ausschließlich Hochbahn-, Bahn-, Polizei- und BehördenvertreterInnen Platz nehmen, verdient den Namen nicht. Wir empfinden es als einen Affront, dass sowohl die politische Verantwortung tragenden Parteien als auch die sozialen Einrichtungen und die Stadtteilverbände und vor allem die Betroffenen, die schließlich zu Hunderten vertrieben werden sollen, von diesem vermeintlich Runden Tisch ausgeschlossen werden.
7. Arme, Obdachlose, Vereinsamte, AnhängerInnen anderer, gar alternativer Lebensformen werden zunehmend be- und verdrängt, ja im Einzelfall sogar kriminalisiert: Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen dem szenorientierten Gastwirt am Hansaplatz, dem als einzigem die Außengastronomie untersagt wird, der Streichung der halben Ärztinnenstelle im (Café) »Sperrgebiet« in der Rostocker Straße, der angedachten »Verlagerung« der Straßenprostitution aus der Bremer Reihe etc. in die Pampa der Süderstraße und nun auch einem neuen Hauptbahnhofkonzept.

Kulturtipp: »Anhörung!«



Unter diesem knappen Titel präsentiert sich vom 1. bis 5.11. das »5. Hamburger Krimifestival« auf Kampnagel. Für Fans des Kriminalromans sind die insgesamt 14 Veranstaltungen ein Muss. Aber auch skeptische LeserInnen dieses Genres dürfen diesmal auf ihre Kosten kommen, die mit Eintrittspreisen zwischen 8 und 18 Euro allerdings nicht gerade niedrig sind. An den Nachmittagen und Abenden gibt sich die deutschsprachige und zum Teil auch internationale AutorInnenszene die »Klinge« in die Hand, verbreiten »feinsten Grusel und lösen knifflige Fälle«, wie die Ankündigung verspricht. Die Eröffnungsveranstaltung ist bereits ausverkauft, für alle anderen Lesungen und Events sind noch Karten zu haben.

Nina Petri liest beispielsweise aus Camilla Läckbergs Buch »Verschwunden in Fjällbacken« (am Mittwoch, den 2.11. um 19:00 Uhr, Eintritt 12 Euro); die »Hamburger Nacht« (ebenfalls am Mittwoch, den 2.11. um 20:00 Uhr, Eintritt 12 Euro) wird gestaltet von Carmen Korn (»Vorstadtprinzessin«), Michael Koglin (»Blutengel«), Sebastian Knauer (»Tödliche Kantaten«) und Marina Heib (»Parasiten«). Hamburgs mörderische Seiten unter historischem Vorzeichen präsentieren Claudia Weiss

(»Schandweib«), Boris Meyn (»Totenwall«) und Cay Rademacher (»Der Trümmermörder«) am Freitag, den 4.11. ab 18:00 Uhr (Eintritt 12 Euro).

Veranstalter des Krimi-Marathons (im Netz unter <http://www.Krimifestival-hamburg.de>) sind die Buchhandlung Heymann, das Literaturhaus Hamburg und das Hamburger Abendblatt. Vorbestellungen können bei der Abendblatt-Ticket-Hotline (Tel. 30 30 98 98) vorgenommen werden.

Leider, leider nicht zugegen ist Wolfgang Schorlau, der derzeit wohl ambitionierteste deutsche Politikrimi-Autor, der auch Genremuffeln Spannung und brisante Themen nahe bringen kann, sei es den Mord am Treuhandchef, den Tod von Wolfgang Grams oder die Privatisierung der Wasserversorgung. Gerade ist sein neuester Roman erschienen: »Die letzte Flucht«. Privatdetektiv Dengler geht in seinem sechsten Fall kriminellen Machenschaften der Pharmaindustrie und – am Rande – den Protesten um »Stuttgart 21« nach. Wer sich dieses Vergnügen antun möchte, muss sich in die Buchhandlung begeben und das Buch dort erwerben.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.